Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/8408

06. 11. 90

Sachgebiet 7133

Beschlußempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/7142 —

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes (Verbot von Kampfhunden)

A. Problem

Sogenannte Kampfhunde stellen aufgrund ihrer angeborenen und angezüchteten Wesensmerkmale und Eigenschaften eine erhebliche Gefahr für Gesundheit und Leben von Erwachsenen und Kindern dar.

B. Lösung

Ablehnung des Gesetzentwurfs, der das Züchten und Halten von Kampfhunden unter gesetzliches Verbot stellen will.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Gesetzliches Verbot für Züchten und Halten von Kampfhunden

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/7142 — abzulehnen.

Bonn, den 30. Oktober 1990

Der Innenausschuß

Bernrath	**Fellner**	**Dr. Nöbel**	**Dr. Hirsch**	**Such**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Fellner, Dr. Nöbel, Dr. Hirsch und Such

1. Der Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN auf Drucksache 11/7142 wurde in der 222. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. September 1990 an den Innenausschuß zur Beratung überwiesen.

   Der Innenausschuß hat den Gesetzentwurf in seiner 99. Sitzung am 30. Oktober 1990 beraten und ihn mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Enthaltung seitens der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE GRÜNEN/Bündnis 90 und eine Stimme der Fraktion der SPD abgelehnt.

2. Der Ausschuß hat als Begründung für seine Ablehnung auf die vielen praktischen Schwierigkeiten hingewiesen, die einer gesetzlichen Regelung entgegenstehen, so auf die Definition des Tierbegriffes, auf die Definition des gefährlichen Tieres sowie auf die Festlegung von Kampfhundemerkmalen. Nach Meinung des Ausschusses muß deshalb eher bei den Leuten, die Tiere halten und züchten, und bei ihrer Zuverlässigkeit angesetzt werden als bei den Tieren. Er hat deshalb vorgeschlagen, das Thema in der 12. Legislaturperiode erneut aufzugreifen und einen Gesetzentwurf in verbesserter Form vorzulegen.

3. Die Fraktion DIE GRÜNEN hat sich wegen der Begründung auf Drucksache 11/7142 berufen. Die Fraktion der SPD hat den Gesetzentwurf nicht für ausgereift gehalten. Sie hat im übrigen auf ihren noch nicht überwiesenen Antrag auf Drucksache 11/7924 verwiesen.

Bonn, den 30. Oktober 1990

Fellner **Dr. Nöbel** **Dr. Hirsch** **Such**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333